

Tätigkeitsbericht

Staatskanzlei

—

2019



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Chancellerie d'Etat CHA
Staatskanzlei SK

Inhaltsverzeichnis

1	Sekretariat des Staatsrats	6
1.1	Stabs- und Unterstützungsfunktionen	6
1.1.1	Sitzungen und Veranstaltungen des Staatsrats	6
1.1.2	Konferenz der Generalsekretäre	6
1.1.3	Beziehungen zum Grossen Rat	6
1.1.4	Staatsschreiberkonferenz und Konferenz der Staatskanzlerinnen und Staatskanzler der lateinischen Kantone	6
1.2	Büro für Information (Bfi)	7
1.2.1	Weiterbildung im Bereich der Information	7
1.2.2	Medienmitteilungen, -konferenzen und -orientierungen	7
1.2.3	Pressespiegel	7
1.2.4	Elektronische Kommunikation	7
1.2.5	Corporate Design	7
1.2.6	Kantonales Führungsorgan (KFO)	8
1.3	Aussenbeziehungen	8
1.3.1	Interkantonale Zusammenarbeit	8
1.3.2	Europäische Integration und internationale Beziehungen	9
1.4	Imagewerbung für den Kanton Freiburg	9
1.5	Sektor Übersetzung	10
1.5.1	Übersetzung	10
1.5.2	Terminologie	10
1.5.3	Dienstleistungen für die Übersetzerinnen und Übersetzer des Staates	10
1.6	Sektor Amtliche Veröffentlichungen	10
1.6.1	Veröffentlichungen	11
1.6.2	Eidgenössische und kantonale Volksabstimmungen	11
1.6.3	Eidgenössische Wahlen	11
1.6.4	Einbürgerungsdokumente	12
1.6.5	Staatskalender des Kantons Freiburg	12
1.6.6	LexWork Advanced	12
1.7	Sektor politische Rechte	12
1.7.1	SyGEV	12
1.7.2	Stimmabgabe im Internet (E-Voting)	12
1.7.3	Kantonales Stimmregister	13

1.7.4	Erneuerung des Nationalrats und des Ständerats (20. Oktober und 10. November 2019)	13
1.7.5	Eidgenössische und kantonale Abstimmungen	13
1.7.6	Urnengänge in den Gemeinden	14
1.7.7	Ausübung der Volksrechte	14
1.8	Informatikprojekte (SIP)	14
1.9	E-Government-Sekretariat	15
1.9.1	Virtueller E-Government-Schalter	15
1.9.2	Grunddienste	15
1.9.3	Leistungen	15
1.9.4	Innovationen	16
1.9.5	E-Government-Kommission (EGovK)	16
1.9.6	Kantonale und interkantonale Zusammenarbeit	16
1.9.7	Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Bereich der Digitalisierung (Projekt DIGI-FR)	17
1.9.8	Award	17
1.10	Kantonales Bezugssystem	17
1.10.1	Organisationsübergreifende Zusammenarbeit	17
1.10.2	Spezifische Implikationen	18
2	Amt für Gesetzgebung (GeGA)	19
2.1	Tätigkeit	19
2.1.1	Gesetzgeberische Arbeiten	19
2.1.2	Verbreitung der Gesetzgebung	20
2.1.3	Rechtsberatung und wissenschaftliche Aktivitäten	20
2.2	Besondere Ereignisse	21
3	Amt für Drucksachen und Material (DMA)	21
3.1	Tätigkeit	21
3.2	Sektor Einkauf	21
3.3	Intern ausgeführte Druckarbeiten	22
3.4	Binde- und Digitalisierungsarbeiten	23
3.5	Beschaffung von Büromaterial und Logistik	23
3.6	Schlüsselzahlen 2019	24
4	Staatsarchiv Freiburg (StAF)	24
4.1	Gesetzliche Grundlagen und Organisation	24
4.2	Gebäude	25
4.3	Tätigkeit und Dienstleistungen	25
4.3.1	Informatik und neue Technologien	25
4.3.2	Beziehungen zu archivbildenden Stellen	25

4.3.3	Zunahme der Archivbestände und bei der Bibliothek	26
4.3.4	Klassierungs- und Inventarisierungsarbeiten	26
4.3.5	Konservierungsmassnahmen und Restaurierung	26
4.3.6	Dienstleistungen	26
4.3.7	Wissenschaftliche Arbeiten und kulturelle Aktivitäten	26
5	Kantonale Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz	27
5.1	Tätigkeit	27
6	Kantonale Ombudsstelle (Omb)	27
6.1	Tätigkeit	27
7	Personalbestand	28

1 Sekretariat des Staatsrats

Staatskanzlerin: Danielle Gagnaux-Morel

Vizekanzlerin: Sophie Perrier

Vizekanzler: Marc Valloton

1.1 Stabs- und Unterstützungsfunktionen

1.1.1 Sitzungen und Veranstaltungen des Staatsrats

Die Staatskanzlei organisiert die Sitzungen und die Veranstaltungen. Die Einzelheiten dieser Tätigkeit finden Sie in Kapitel 4 des Berichts des Staatsrats.

1.1.2 Konferenz der Generalsekretäre

Die Konferenz der Generalsekretäre, die von der Staatskanzlerin präsiert wird, trat 2019 zu 8 Sitzungen zusammen. Neben dem wertvollen Austausch zur guten Praxis unter den Direktionen gab die Konferenz nach Diskussionen Stellungnahmen zu folgenden Projekten ab: ihre Organisation, Prioritätensetzung bei den Informatikprojekten 2020, Voranschlagsverfahren, Politik der nachhaltigen Entwicklung, Verwaltung der parlamentarischen Vorstösse, Digitalisierung und umfangreiche bereichsübergreifende Gegenstände.

1.1.3 Beziehungen zum Grossen Rat

Die Staatskanzlerin nahm an den Sitzungen des Büros des Grossen Rates teil, an denen die Traktandenlisten der Sessionen vorbereitet wurden.

1.1.4 Staatsschreiberkonferenz und Konferenz der Staatskanzlerinnen und Staatskanzler der lateinischen Kantone

2019 nahm die Staatskanzlerin in ihrer Funktion als Generalsekretärin der Schweizerischen Staatsschreiberkonferenz (SSK) an vier Vorstandssitzungen in Bern und Luzern sowie an zwei Jahresversammlungen im Frühling (in Andermatt UR) und im Herbst (in Appenzell AI) teil. Sie nahm auch an den beiden Jahrestagungen der Konferenz der Staatskanzlerinnen und Staatskanzler der lateinischen Kantone im Frühling (FR, Freiburg) und im Herbst (NE, Neuenburg) teil. 2019 behandelten die Staatskanzlerinnen und Staatskanzler hauptsächlich folgende Themen:

- > derzeitige E-Government-Strategien vor dem Hintergrund der Digitalisierung der Verwaltung;
- > die Kommunikation der öffentlichen Organe;
- > die politischen Rechte, insbesondere das E-Voting (E-V).

Die Staatskanzlerin hat sich auch an den Diskussionen rund um das E-V beteiligt. Sie wurde in den Schweizer Steuergausschuss E-V berufen, der unter der Leitung der Bundeskanzlei steht, und nahm an den Diskussionen der aktiven oder an E-V interessierten Staatskanzlerinnen und Staatskanzler teil; das Ziel bestand darin, künftige Strategien und Massnahmen, die ergriffen werden müssen, damit die Versuche mit E-V wiederaufgenommen werden können, festzulegen.

Die Staatskanzlerin vertritt die SSK im Vorstand der Schweizerischen Informatikkonferenz (SIK). Im Berichtsjahr hat sich der Vorstand hauptsächlich mit der Governance beschäftigt, welche die Kantone untereinander und mit dem Bund schaffen müssen, um den Fortschritt bei der Digitalisierung unseres Landes zu fördern. Er hat ein Kommunikationsprojekt zur Verwendung der AHVN (AHV-Nummer) im Zusammenhang mit den Digitalisierungsprojekten und eine Aktualisierung der allgemeinen Geschäftsbedingungen, die von der SIK herausgegeben wurden und für die Beschaffungen der Schweizer Verwaltungen im Bereich der IKT gelten, gutgeheissen.

1.2 Büro für Information (Bfi)

Das Bfi unterstützt die Staatskanzlei bei der Informationstätigkeit über die Angelegenheiten des Staatsrats. Es stellt die allgemeine Koordination der Verwaltungstätigkeit auf dem Gebiet der Information der Öffentlichkeit sicher. Es unterstützt und berät die Direktionen und ihre Verwaltungseinheiten bei diesen Tätigkeiten und sorgt für gute Beziehungen zu den Medien.

1.2.1 Weiterbildung im Bereich der Information

Das Bfi hat seine Kontakte mit den Mitgliedern der kantonalen Verwaltung und mit den Journalistinnen und Journalisten fortgeführt und gepflegt. Es hat namentlich erneut einen Weiterbildungstag in Kommunikation für die Kader des Staates organisiert. An diesem Tag traten vor allem Medienfachleute auf, und das Bfi konnte seine Rolle als «Bindeglied» wahrnehmen. Es lud zudem die Medienvertreterinnen und -vertreter zu einer neuen Gesprächssitzung mit den Ansprechpersonen für die Information in den Direktionen des Staates ein.

1.2.2 Medienmitteilungen, -konferenzen und -orientierungen

Im Jahr 2019 wurden den Medien rund 300 Mitteilungen zugestellt, und 61 Medienkonferenzen, an denen mindestens ein Mitglied des Staatsrats teilnahm, wurden organisiert. Um die Koordination der Kommunikation weiter zu verbessern, organisierte das Bfi mehrere Sitzungen mit der Konferenz der Ansprechpersonen für die Information der Öffentlichkeit in den Direktionen.

1.2.3 Pressespiegel

Das Bfi hat auch im letzten Jahr täglich einen Pressespiegel mit den wichtigsten Artikeln, die in den audiovisuellen Medien und in der Presse erschienen sind, zusammengestellt, wie es das seit mehreren Jahren macht. Diese Übersicht richtet sich insbesondere an die höheren Kader des Staates und wird im Intranet veröffentlicht. Dank dem Pressespiegel können sie jeden Tag schnell erkennen, welche Themen aus dem Staat Freiburg von den Medien behandelt werden.

1.2.4 Elektronische Kommunikation

1.2.4.1 Internet und Intranet

Das Jahr 2019 war durch eine intensive Arbeit zur Konsolidierung der Website, sowohl auf technischer als auch auf inhaltlicher Ebene, gekennzeichnet. In Zusammenarbeit mit dem ITA wurde eine äusserst grosse Zahl von Gesuchen ins Verbesserungsverfahren aufgenommen und nach und nach umgesetzt. Offensichtliche Verbesserungen konnten bei der Homepage, der Suche und der Benutzererfahrung realisiert werden.

Das Bfi hat dieses Jahr eine Einheit zur Unterstützung der Verbesserung und der Überarbeitung der Inhalte geschaffen. Es arbeitet einen Newsletter aus und verwaltet ihn, betreibt eine Hilfswebsite und bietet Ausbildungen für die Webredaktorinnen und -redaktoren an. Das Bfi steht ausserdem dem Redaktionskomitee der Website vor, dem die Informationsverantwortlichen angehören und das jede Woche zusammentritt, um die Publikationsgrundsätze festzulegen, wobei es für die Qualität und die Einheitlichkeit der veröffentlichten Inhalte sorgt.

Das Bfi stellt auch die allgemeine Koordination des bereichsübergreifenden Intranets sicher.

1.2.4.2 Social Media

Das Bfi wirkt auch als «Community Manager» für die Social Media, auf denen der Staat präsent ist, nämlich Facebook, Twitter, LinkedIn und YouTube. Die Zahl der Abonnenten nimmt ständig zu (z. B.: Facebook 6220 Follower (5722 im Jahr 2018); LinkedIn 8990 Abonnierte (6892 im Jahr 2018)). Der Anteil des Engagements und der Interaktionen nimmt ebenfalls zu.

1.2.5 Corporate Design

Das Bfi achtet mit der Unterstützung der Konferenz der Generalsekretäre täglich darauf, dass die mit dem Corporate Design des Staates verbundene Grafikcharta in allen Verwaltungseinheiten, die diese anwenden müssen, beachtet und richtig ausgeführt wird.

1.2.6 Kantonales Führungsorgan (KFO)

Der Verantwortliche des BfI und seine Stellvertreterin arbeiten regelmässig im KFO mit, namentlich in Arbeitsgruppen, die Überlegungen zur Problematik von Katastrophen anstellten. Im vergangenen Jahr hat das KFO namentlich an einem Einsatzplan zu «Versorgungskrisen» gearbeitet und an der Übung des Sicherheitsverbunds Schweiz 2019 mitgemacht; diese stützte sich auf ein Drehbuch zur terroristischen Bedrohung (siehe den Bericht des KFO).

1.3 Aussenbeziehungen

Der Sektor Aussenbeziehungen bei der Staatskanzlei unterstützt den Staatsrat, damit eine Verbindung zwischen dem Kanton Freiburg und seiner Umgebung, namentlich den übrigen Kantonen, den Regierungskonferenzen (KdK, WRK und CLDF [bei welcher der Kanton Freiburg bis 2020 das Präsidium sicherstellt]), dem Bundesparlament, dem Bund und der Europäischen Union, gewährleistet ist. Die vom Sektor begleiteten Dossiers werden im Tätigkeitsbericht des Staatsrats im Kapitel «Aussenbeziehungen» vorgestellt. Im Folgenden werden nur einige besondere Tätigkeiten vorgestellt. Die Vorbereitung der Dossiers, die intra- und interkantonale Koordination und das Mitverfolgen der eidgenössischen, interkantonalen und internationalen Geschäfte bilden die Haupttätigkeit des Sektors.

1.3.1 Interkantonale Zusammenarbeit

Der Sektor Aussenbeziehungen koordiniert die Durchführung des Projekts Hauptstadtregion Schweiz (HRS) beim Staat Freiburg.

Die Hauptstadtregion Schweiz feiert in Kürze den zehnten Geburtstag und ist ein regionalpolitisches Organ, das un-aufhörlich an Einfluss gewinnt. Als Bund der Kantone Freiburg, Bern, Solothurn, Neuenburg und Wallis mit den wichtigsten Städten dieses zweisprachigen Gebiets hat sich die HRS zu einem politischen Hebel erster Klasse gewandelt, um Projekte in Verbindung mit den Infrastrukturen zu tragen. Sie hat es 2019 bewiesen, indem sie sich mit Erfolg für das Eisenbahninfrastrukturprogramm STEP eingesetzt hat, wobei die Eidgenössischen Kammern die wesentlichen Forderungen, die von den Mitgliedern der HRS getragen wurden, gutgeheissen hat.

Die HRS bietet den verschiedenen wirtschaftlichen und institutionellen Akteuren, die bei ihr vereint sind, Lösungen, um innovative Entwicklungsprojekte zu lancieren. Unter diesem Gesichtspunkt hielt sie ihr Forum 2019 in Visp, rund um die Grossbaustelle IBEX, die von der LONZA entwickelt wird, ab. Dank diesem Bau können mehrere Hundert Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung geschaffen werden, dazu kommen spannende Herausforderungen im Zusammenhang mit der Raumplanung und der Entwicklung der Infrastrukturen. Diese Herausforderungen stehen im Zentrum der Sorgen der verschiedenen Organe der HRS.

Während des laufenden Jahres haben verschiedene Freiburger Akteure, die bei der HRS aktiv sind (Regionen See, Broye, Sense, Agglo Freiburg, Städte Murten, Estavayer le Lac und Freiburg) ihre Arbeiten an folgenden Projekten fortgesetzt:

- > Smart Capital Region: Studiengruppe, in der sich die institutionellen Akteure der HRS mit Vertretern der Privatwirtschaft treffen. Ziele: den Bedürfnissen an Innovation entsprechen mit der Entwicklung von intelligenten Technologieprojekten, die wenig Energie verbrauchen und im Dienste der Lebensqualität stehen. Hauptbereiche: Mobilität (Mobilitätshub in Verbindung mit den SBB), Wohnen (Plusenergiequartiere in Verbindung mit Marazzi), Verwaltung des öffentlichen Raums (Projekt «Schadenmelder»).
- > Entwicklung von besonderen Wirtschaftspolen rund um Cluster: der wichtigste für Freiburg ist der Cluster Food & Nutrition am Standort blueFACTORY mit über 80 Mitgliedern aus Wirtschaft und Forschung.
- > Zweisprachigkeit: Die HRS ist eine zweisprachige Region und Brückenbauerin zwischen den Metropolitanräumen. 2019 setzte sie ihre Zusammenarbeit mit dem Forum für die Zweisprachigkeit fort, was die Entwicklung von Sprachaustauschen und zahlreiche Tandems in den öffentlichen Verwaltungen ermöglichte.
- > Bundespolitik: Die HRS kann sich auf ein mächtiges Netzwerk von Parlamentariern aus den 5 Mitgliedskantonen stützen, um die Interessen ihrer Regionen zu verteidigen. 2019 hat die HRS besonders für STEP 2035, gegen den Umzug des Berner Studios der SRF nach Zürich und für die Kulturbotschaft 2021-2024 mobilgemacht.

1.3.2 Europäische Integration und internationale Beziehungen

Die Begleitung der Umsetzung der Bilateralen Abkommen mit der Europäischen Union und das ganze Dossier der europäischen Integration bilden ständige Aufgaben des Sektors Aussenbeziehungen. Das Jahr 2019 war allgemein von den intensiven Diskussionen über das institutionelle Rahmenabkommen, das zwischen Bern und Brüssel ausgehandelt wurde, gekennzeichnet. Die Vernehmlassung bei den Kantonen, die von der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) durchgeführt wurde, zeigte die fast einstimmige Absicht – darunter auch die von Freiburg – den bilateralen Weg weiterzugehen. Das vom Bundesrat ausgehandelte Abkommen rief aber einige Beunruhigungen hervor, auf die namentlich der Staatsrat in seiner Vernehmlassungsantwort hinwies. Sie betreffen insbesondere die Frage der staatlichen Beihilfen, den Lohnschutz im Rahmen des freien Personenverkehrs und die Unionsbürgerschafts-Richtlinie, die namentlich den Zugang europäischer Bürger in der Schweiz zu den Sozialleistungen regelt. Aufgrund dieser Sorgen hat der Bundesrat der Kommission seine Absicht bekanntgegeben, das Rahmenabkommen teilweise neu zu verhandeln, was zu Unverständnis in Brüssel und zur Nichtanerkennung der Äquivalenz der Schweizer Börse führte. Während das Dossier von den politischen Parteien im Rahmen des Wahlkampfs auf eidgenössischer Ebene aussen vorgehalten wurde, steht es seither in einer Art «Wartestatus» und wird vom Bundesrat nach der Abstimmung im Mai 2020 wieder an die Hand genommen. Die Schweizerinnen und Schweizer müssen sich darin zu einem Text der SVP äussern, mit dem die Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU verlangt wird.

Ein weiteres Dossier der Europapolitik, das 2019 behandelt wurde, ist die Nachführung des Abkommens von Schengen, wobei die EU-Waffenrichtlinie von der Bevölkerung mit grosser Mehrheit angenommen wurde. Die Aussenbeziehungen haben für den Staatsrat zwei Aktualitäten eng verfolgt und mehrere Beiträge geliefert sowie am Austausch des Netzwerks der Europadelegierten der Kantone im März 2019 in Zürich und im November 2019 in Delsberg teilgenommen.

1.4 Imagewerbung für den Kanton Freiburg

Der Verein «Fribourgissima Image Fribourg» wurde im Dezember 2013 auf Anstoss des Staatsrats aus der Taufe gehoben und führt seither erfolgreich die Bekanntheitskampagne «Freiburg macht glücklich». Der Verein besteht aus 14 Partnern und ist eine öffentlich-private Partnerschaft, bei welcher der Staat die Hälfte der Finanzierung sicherstellt. Seit 1. Januar 2019 wird das Sekretariat des Vereins von der Handels- und Industriekammer des Kantons Freiburg geführt; dieses bringt ihm eine organisatorische und logistische Unterstützung, die es für den Erfolg unbedingt braucht: Organisation der Arbeitssitzungen, Koordination der Arbeit, Umsetzung der Entscheide, Management der Social Media, Buchhaltung und Finanzhaushalt. Der Exekutivausschuss, der von der Staatskanzlerin präsidiert wird, konkretisiert das Jahresprogramm und setzt es um. Der Exekutivausschuss trat 5 Mal zusammen und setzte die Entfaltung der digitalen Kommunikationsstrategie des Projekts und die Verpflichtung des Vereins bei der Schaffung von Projekten und der Durchführung von Anlässen fort.

2019 koordinierte Fribourgissima Image Fribourg die Freiburger Präsenz am Winzerfest in Vevey. Vom 18. Juli bis 11. August 2019 besetzte der Kanton Freiburg mit seiner «Méjon Friboua» den Grossteil des Jardin Doret in Vevey und bot drei verschiedene Räume an: «Lé j'armayi», «Paradi tèrèchtre» und das «Rèchtoran». Diese Präsenz, die Tradition und Innovation verband, war Frucht einer Zusammenarbeit zwischen der Société des Armaillis de la Fête des Vignerons, historischer Partner des Fests, Fribourgissima Image Fribourg und Terroir Fribourg. Ausserdem hat der Verein unter der Führung seines Präsidenten und seines Sekretariats die Leitung und das Management des Projekts sichergestellt.

Dieses sechste Tätigkeitsjahr von «Fribourgissima Image Fribourg» war die Gelegenheit, schöne Herausforderungen zu bewältigen und gleichzeitig die Austauschplattform rund um die Bekanntheitskampagne anzureichern. Der Einsatz der Partner und deren Absicht, sich zusammen zu tun, um das Image des Kantons Freiburg zu fördern, nimmt ständig zu und wird immer intensiver.

1.5 Sektor Übersetzung

Der Sektor Übersetzung prüft die deutschen Fassungen der Erlassentwürfe und der amtlichen Texte, die von den Direktionen und weiteren Behörden vorgelegt werden, auf ihre inhaltliche und sprachliche Richtigkeit. Er fertigt ausserdem Übersetzungen für die Staatskanzlei, für das Sekretariat des Grossen Rates und wenn nötig für das Staatsratspräsidium und die Direktionen an und koordiniert Fragen im Zusammenhang mit der Übersetzung Französisch-Deutsch und Deutsch-Französisch in der Kantonsverwaltung.

Von Januar bis Juli 2019 beschäftigte der Sektor eine Praktikantin. Sie leistete wertvolle Mithilfe beim Übersetzen und machte daneben Terminologiearbeit.

1.5.1 Übersetzung

2019 übersetzten die Mitarbeiter des Sektors neben den üblichen Arten von Texten einige sehr umfangreiche Texte, wie der Entwurf der Verordnung über das kantonale Bezugssystem, der Vorentwurf des neuen Datenschutzgesetzes, der Vorentwurf des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (VRG), die erläuternden Berichte zu diesen drei Gesetzgebungsprojekten und das Handbuch zu Axioma. Die Freiburger Präsenz an der «Fête des Vignerons» und die Schweizerische Staatsschreiberkonferenz beanspruchten den Sektor ebenfalls. Auch die Tätigkeitsberichte der Bezirks- und Friedensgerichte des französischsprachigen Kantonsteils und des kantonalen Mediators, die vom Sektor auf Deutsch übersetzt wurden, waren sehr umfangreich. Ferner übersetzte der Sektor den Tätigkeitsbericht von Fribourgissima. Daneben half der Sektor auch regelmässig den Direktionen aus, wenn deren Übersetzerinnen und Übersetzer abwesend oder überlastet waren. Die Möglichkeit, Texte extern vom Französischen ins Deutsche übersetzen zu lassen, wurde gleich viel genützt wie im Vorjahr: 33 Aufträge gegenüber 32 im Jahr 2018.

1.5.2 Terminologie

Der Verantwortliche des Sektors führte die Terminologie aus der Freiburger Gesetzgebung für die interne Terminologiedatenbank nach. Auch die Titel der neuen Erlasse wurden in die Datenbank aufgenommen. Die Praktikantin stellte das Terminologieprojekt Sonderpädagogik fertig. Der Sektor hat an den Arbeiten des Interkantonalen Organs für terminologische Zusammenarbeit im öffentlichen Bereich (CoTerm) aktiv mitgewirkt; dieses Organ hielt 2019 zwei Sitzungen ab. Die Terminologie des Staates Freiburg steht weiterhin unter der Adresse <http://friterm.fr.ch> auf dem Internet zur Verfügung, und neue Einträge werden einmal im Monat hinzugefügt.

1.5.3 Dienstleistungen für die Übersetzerinnen und Übersetzer des Staates

Die Konferenz der Übersetzerinnen und Übersetzer des Staates Freiburg, in der die Übersetzerinnen und Übersetzer der Kantonsverwaltung sowie des freiburger spitals und des Freiburger Netzwerks für psychische Gesundheit vereint sind, hielt 2019 eine Sitzung ab. Dieses Organ, das 2011 geschaffen wurde, wird vom Verantwortlichen des Sektors geleitet und behandelt Fragen der Übersetzung und der Terminologie beim Staat. 2019 behandelte die Konferenz namentlich das maschinelle Übersetzen durch die Nutzung von Künstlicher Intelligenz und die Erfahrungen mit den Übersetzungen für die neue BDLF.

Zur Weiterbildung besuchten die Übersetzerinnen und Übersetzer des Staates die Jahrestagung «Equivalences» der ASTTI (Schweizerischer Übersetzer-, Terminologen- und Dolmetscher-Verband) zum Thema Übersetzen und Dolmetschen in neuen Kontexten. Die Übersetzerinnen und Übersetzer sind seit 2017 Fördermitglied der ASTTI.

1.6 Sektor Amtliche Veröffentlichungen

Der Sektor Amtliche Veröffentlichungen stellt die formale und inhaltliche Kontrolle der französischen und der deutschen Fassungen der Erlassentwürfe sowie der amtlichen Texte der Direktionen des Staatsrats oder anderer Behörden sicher. Er besorgt die sprachliche Kontrolle der französischen Fassung, während der Sektor Übersetzung mit der Kontrolle der deutschen Fassung beauftragt ist. Er ist auch beauftragt, den Berichten des Staatsrats und den Botschaften zu den Gesetzes- und Dekretsentwürfen vor der Verteilung beim Grossen Rat den letzten Schriff zu verleihen.

Jede Woche sorgt der Sektor dafür, dass die amtlichen Erlasse, die vom Grossen Rat, vom Staatsrat oder von weiteren Behörden verabschiedet wurden, veröffentlicht werden. Er fügt die entsprechenden zusätzlichen Daten in die veröffentlichten Erlasse ein und führt sie nach: Ausübung der Volksrechte, Promulgierung, Inkrafttreten, eidgenössische Genehmigung. Gleichzeitig veröffentlicht er im Amtsblatt die Liste der Erlasse, die in der Amtlichen Sammlung des Kantons Freiburg erschienen sind, und die oben erwähnten zusätzlichen Daten. Ausserdem druckt der Sektor zu Aufbewahrungs- und Sicherheitszwecken vier Exemplare der in der Amtlichen Sammlung des Kantons Freiburg veröffentlichten Erlasse.

Der Sektor stellte ausserdem die Veröffentlichungen von Anzeigen und amtlichen Texten über Angelegenheiten der Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten, interkantonale und ausserkantonale Angelegenheiten sicher. Dazu kommt, in Zusammenarbeit mit der Druckerei, die Verwaltung des Erfassungstools, das den Dienststellen des Staates für die Veröffentlichung ihrer Anzeigen zur Verfügung gestellt wird.

Um für einen guten Ablauf und eine wirksame Organisation der Zusammenarbeit des Sektors sowohl mit den Direktionen des Staatsrats, dem Sekretariat des Grossen Rates und weiteren Behörden als auch mit den Druckern zu sorgen, erstellt er Zeitpläne.

Schliesslich ist er für die Anwendung des Telefonbuchs der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staates verantwortlich und ist mit der Nachführung der Daten mehrerer Einheiten beauftragt.

1.6.1 Veröffentlichungen

In der **Amtlichen Sammlung des Kantons Freiburg (ASF)** wurden veröffentlicht:

- > Grosser Rat: 10 Gesetze (2018: 18), 14 Dekrete (2018: 19);
- > Staatsrat: 67 Verordnungen (2018: 73), 0 Beschlüsse (2018: 1), 6 Reglemente (2018: 6) und 0 Tarife (2018: 1);
- > Direktionen und weitere Behörden: 9 Erlasse (2018: 13).

Der Sektor veröffentlichte zudem:

- > Promulgierungsverfügungen zu 19 Erlassen (2018: 24);
- > Mitteilungen zu kantonalem und interkantonalem Recht für 3 Erlasse (2018: 4);
- > Verfügungen über Genehmigungen von 6 Erlassen durch den Bund (2018: 0).

Das sind insgesamt 601 Druckseiten (2018: 738) in der französischen Sammlung und 605 Druckseiten (2018: 747) in der deutschen Sammlung.

Im **Amtsblatt (ABI)** wurden veröffentlicht:

- > Grosser Rat: 3 Einbürgerungsdekrete (2018: 4);
- > Staatsrat: 21 Beschlüsse (2018: 23) und 5 Beschlüsse zur Genehmigung von Statuten von Verbänden (2018: 1).

1.6.2 Eidgenössische und kantonale Volksabstimmungen

Der Sektor verfasste in beiden Amtssprachen die Einberufungsbeschlüsse und die Beschlüsse über die Ergebnisse der Volksabstimmungen, die im Verlauf des Jahres stattfanden, d. h. für 2 eidgenössische Abstimmungen (2018: 4) und 1 kantonale Abstimmung (2018: 2).

1.6.3 Eidgenössische Wahlen

Für die Wahlen im Herbst 2019 hat der Sektor sehr eng mit dem Sektor Politische Rechte zusammengearbeitet. Dazu hat er in beiden Amtssprachen die Beschlüsse zur Einberufung der Stimmberechtigten für die Wahl der Freiburger National- und Ständerätinnen und -räte, die Kandidatenlisten für diese Wahlen und die Beschlüsse und Tabellen mit den Ergebnissen der Urnengänge vom 20. Oktober und vom 10. November 2019 vorbereitet und im Amtsblatt veröffentlicht.

1.6.4 Einbürgerungsdokumente

Bei den traditionellen offiziellen Empfängen zu Ehren der neuen Bürgerinnen und Bürger erhalten diese ein Einbürgerungsdokument. Der Sektor, der beauftragt ist, die Korrektheit der Dokumente unter formellen und materiellen Kriterien zu gewährleisten, betreute die Kontrolle und den Druck von 483 Einbürgerungsdokumenten (2018: 447).

1.6.5 Staatskalender des Kantons Freiburg

Der Entscheid des Staatsrats, auf die Veröffentlichung des Staatskalenders des Kantons Freiburg in Papierform zu verzichten, ist mit der Bedingung versehen, dass die Staatskanzlei dafür sorgt, dass die elektronischen Daten, die den im Staatskalender veröffentlichten Daten entsprechen, gemäss den Richtlinien über die Archivierung dem Staatsarchiv übergeben werden. Ende 2018 hat der Sektor die nötigen Daten gesammelt, um dieser Anforderung gerecht zu werden, und 2019 hat er sie in die richtige Form gebracht und strukturiert. Im August 2019 wurden dem Staatsarchiv eine PDF-Datei und aus Sicherheitsgründen ein gedrucktes Exemplar der Daten abgegeben.

1.6.6 LexWork Advanced

Die Anwendung LexWork Advanced, ein Instrument zur Verwaltung der Gesetzgebung, in dem das XML-Redaktionssystem integriert ist, wurde am 1. Januar 2019 in Betrieb genommen; gleichzeitig wurde der Vorrang der elektronischen Version der Gesetzgebung eingeführt, und die gedruckten Versionen der Gesetzessammlungen verschwanden.

Bis die Direktionen die Ausbildung für die Verwendung der Anwendung gemacht hatten, stellte der Sektor die Erfassung der Texte mit diesem neuen Instrument sicher. Er arbeitete auch an der Strukturierung und der Einführung in LexWork Advanced von Anhängen, die aufgrund ihrer Komplexität bei der Migration unserer Gesetzgebung von LexWork Classic zu LexWork Advanced im Format «Classic» belassen wurden.

Der Sektor hat ausserdem in Zusammenarbeit mit dem Amt für Gesetzgebung den Direktionen Unterstützung geleistet, damit der Übergang zum neuen System zur Erfassung und der Verwaltung der Gesetzgebung harmonisch und reibungslos ablief.

1.7 Sektor politische Rechte

1.7.1 SyGEV

Das System zur Verwaltung von Wahlen und Abstimmungen (SyGEV) ist in den Gemeinden, den Oberämtern und auf Kantonsebene ein unverzichtbares Instrument geworden. Nach der Schaffung der starken Authentifizierung gab es einen bedeutenden Wechsel im Arbeitsverfahren der Gemeinden und der Oberämter. Seit der ersten Volksabstimmung vom 10. Februar 2019 erfassen an der Stelle der Oberämter die Gemeinden die Resultate direkt in SyGEV. Dieses neue Verfahren wurden zur Zufriedenheit der Gemeinden und der Oberämter angewendet, namentlich dank der Beteiligung Letzterer an den Vorbereitungsarbeiten.

1.7.2 Stimmabgabe im Internet (E-Voting)

Als Pionierkanton für die Stimmabgabe im Internet (E-Voting) nahm Freiburg seit November 2016 bis zum Umengang vom 10. Februar 2019 das System, das von der Schweizerischen Post geschaffen wurde, zu Hilfe. Obwohl die Veröffentlichung des Quellcodes des künftigen Systems der Stimmabgabe im Internet (individuelle und universale Verifizierbarkeit) es verschiedenen Experten möglich gemacht hat, auf Schwächen hinzuweisen, konnte während des öffentlichen Intrusionstests im Frühling 2019 keiner der mehreren Hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmer das System der Stimmabgabe im Internet hacken. Am 4. April 2019 beschloss die Schweizerische Post, ihr System der Stimmabgabe im Internet den Kantonen, die es bis dann verwendet hatten, nicht mehr zur Verfügung zu stellen. Anfang Juli teilte die Post mit, dass sie sich entschieden hatte, ihr System der ersten Generation, das bisher verwendet worden war (individuelle Verifizierbarkeit), aus dem Markt zurückzuziehen, um sich auf die Fertigstellung ihres Systems der zweiten Generation zu konzentrieren (individuelle und universale Verifizierbarkeit). Der Bund beschloss, eine allgemeine Untersuchung zu den Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der E-Voting-Versuche durchzuführen, um eine optimale Zuverlässigkeit des Systems sicherzustellen. Am 29. November 2019 legte der

Projektausschuss, dem Vertreter der Kantone und des Bundes angehören, fest, welche nächsten Etappen der Arbeiten, mit denen die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme von E-Voting um 2021 herum festgehalten werden, ausgeführt werden sollen, sowie, welche Massnahmen nötig sind, um mittelfristig den Anforderungen an die Stimmabgabe im Internet zu genügen, und welche Gesetze allenfalls geändert werden müssen. Die DemoSCOPE-Umfragen, die 2017 und 2018 durchgeführt wurden, zeigen, dass über 70 % der befragten Bürgerinnen und Bürger wünschen, dass die Stimmabgabe im Internet möglich ist.

1.7.3 Kantonales Stimmregister

Derzeit wird ein kantonales Stimmregister erstellt. Dieses Register ist das Ergebnis der Bedarfsabklärung des Kantons und der Gemeinden. Das erste Ziel besteht darin, die Qualität der Informationen zu verbessern und die Verfahren zu vereinfachen. So muss mit diesem System sichergestellt werden, dass die Informationen, die von den Gemeinden geliefert werden, makellos und vollständig sind und vergleichende Informationen zwischen den Urnengängen zur Verfügung gestellt werden können.

1.7.4 Erneuerung des Nationalrats und des Ständerats (20. Oktober und 10. November 2019)

2019 war von der Wiederbesetzung der sieben Freiburger Sitze im Nationalrat, die am 20. Oktober stattfand, und derjenigen der beiden Freiburger Sitze im Ständerat (erster Wahlgang am 20. Oktober und 2. Wahlgang am 10. November) gekennzeichnet.

Der zweite Wahlgang für den Ständerat wurde von einer mehrstündigen Verspätung bei der Veröffentlichung der Resultate aufgrund einer Informatikpanne gekennzeichnet. Diese Panne gab Anlass zu einem parteiübergreifenden Auftrag. Die Feststellung, dass eine bedeutende Zahl von Wahlzetteln in einigen Gemeinden wegen Fehlern der Wählerinnen und Wähler ungültig waren, führte zu einer Motion, mit der eine Änderung des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte gefordert wird ([2019-GC-187_Motion_modification_LED](#)).

Bei der Erneuerung des Nationalrats 2019 wurden folgende Personen für die 51. Legislaturperiode 2019-2023 gewählt:

- > Pierre-André Page (SVP);
- > Christine Bulliard-Marbach (CVP);
- > Valérie Piller Carrard (SP);
- > Jacques Bourgeois (FDP);
- > Ursula Schneider Schüttel (SP);
- > Gerhard Andrey (Grüne);
- > Marie-France Roth Pasquier (CVP).

Der erste Wahlgang für den Ständerat endete unentschieden. Im zweiten Wahlgang wurden folgende Personen gewählt:

- > Christian Levrat (SP);
- > Johanna Gapany (FDP).

1.7.5 Eidgenössische und kantonale Abstimmungen

2019 wurden 3 eidgenössische Urnengänge organisiert.

Am 10. Februar 2019 stimmten die Bürgerinnen und Bürger über eine eidgenössische Vorlage ab:

- > Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)».

Am 19. Mai 2019 haben die Bürgerinnen und Bürger über zwei eidgenössische Vorlagen abgestimmt:

- > Bundesgesetz vom 28. September 2018 über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung;
- > Umsetzung der Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung Schengen-Besitzstand).

Am 30. Juni 2019 stimmten die Bürgerinnen und Bürger über drei kantonale Vorlagen ab:

- > Gesetz über die Ausübung des Handels;
- > Kantonales Gesetz über die Umsetzung der Steuerreform;
- > Dekret über die finanziellen Übergangsbeiträge des Staates für die Gemeinden sowie die Pfarreien und Kirchgemeinden.

Alle Resultate sind auf der folgenden Website vorzufinden: sygev.fr.ch/resultate.

1.7.6 Urnengänge in den Gemeinden

Zahlreiche Ergänzungswahlen in die Gemeindeexekutiven kennzeichneten das Jahr 2019. Es wurden auch Wahlen zur Ergänzung einiger Generalräte durchgeführt. SyGEV wurde den Gemeinden für die Mehrzahl dieser Urnengänge zur Verfügung gestellt.

Es sei darauf hingewiesen, dass die Abstimmungen über Referenden und Initiativen in den Gemeinden zunehmen.

Im Hinblick auf die Gemeindezusammenschlüsse, die am 1. Januar 2020 in Kraft traten, fanden am 10. November 2019 Wahlen in die Gemeinderäte und die Generalräte statt. Diese Zusammenschlüsse betreffen die Gemeinden Corserey, Noréaz und Prez-vers-Noréaz (neue Gemeinde Prez) und die Gemeinden Villaz-St-Pierre und La Folliaz (neue Gemeinde Villaz).

1.7.7 Ausübung der Volksrechte

2019 wurde keine Initiative eingereicht.

Zwei Referendumsbegehren wurden eingereicht:

- > 15. März 2019: Referendumsbegehren gegen das Gesetz vom 9. Oktober 2018 zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung des Handels (Öffnungszeiten der Geschäfte am Samstag) (Das Referendum wurde am 30. Juni 2019 in der Volksabstimmung angenommen.);
- > 28. März 2019: Referendumsbegehren gegen das Gesetz über die Umsetzung der Steuerreform – Steuervorlage 17 (SV 17) (Das Referendum wurde am 30. Juni 2019 in der Volksabstimmung abgelehnt.).

Bei der Staatskanzlei wurde eine Petition eingereicht:

- > 27. November 2019: Petition für die kostenlose Benützung des öffentlichen Verkehrs im Kanton Freiburg durch Jugendliche (bis 25 Jahre), Studierende und Lernende (1755 Unterschriften).

1.8 Informatikprojekte (SIP)

Der Sektor Informatikprojekte (SIP) hat im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen intensiv bei der Fortsetzung der Entwicklung von E-Voting mitgewirkt. Leider hat die Schweizerische Post aufgrund von Problemen, die beim Quellcode der Anwendung gefunden wurden, und obwohl die Integrität der Daten sichergestellt war, beschlossen, dass sie ihr System den Kantonen nicht mehr zur Verfügung stellt. Bei der eidgenössischen Volksabstimmung vom 10. Februar 2019 haben rund 55 % der Auslandschweizerinnen und -schweizer und 40 % der Stimmberechtigten der Pilotgemeinde Treyvaux den elektronischen Kanal zur Abgabe der Stimme benützt.

Nach der grösseren Migration von der Anwendung Konsul auf Axioma Ende 2018 wurde diese im Verlauf des Jahres 2019 dauerhaft in Betrieb genommen. Derzeit nutzen über 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staates diese Anwendung für die Verwaltung und die Übermittlung der Dossiers zwischen den Direktionen, dem Staatsrat und dem Grossen Rat.

Der SIP stellt den Support für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staates für folgende Anwendungen sicher: Axioma, GesCom und ATE/ATI.

1.9 E-Government-Sekretariat

Die Aufgabe, die der Staatsrat in der Strategie vom Dezember 2014 dem E-Government-Sekretariat übertrug, besteht darin, den Zugang zu den Leistungen zu modernisieren und die Investitionen beim Staat zu teilen. Mit dieser Strategie wird konkret der Tatsache, dass die Bevölkerung und die Wirtschaft ihre wichtigen Geschäfte mit den Behörden dank den Informations- und Kommunikationstechnologien auf elektronischem Weg behandeln können müssen, Rechnung getragen.

1.9.1 Virtueller E-Government-Schalter

Dieses Jahr wurde die Version 4.0 des virtuellen Schalters produktiv gesetzt. Diese Entwicklung umfasst Verbesserungen bei der Benutzererfahrung, u. a. E-Mail und Dokumente sowie der technische Teil, dank dem auf dem Eingangsbildschirm künftig eine zentrale Nachverfolgung der laufenden Schritte beim Staat möglich wird. Eine neue Funktionalität ermöglicht die Einfügung von Informationen in grafischer Form. Weitere technologische Verbesserungen, wie der Support von «Deep links», Links, mit denen man direkt in die betreffende Leistung einsteigen kann, und die Schaffung eines API GED wurden realisiert. Bei der Sicherheit bestanden die letzten Entwicklungen in der Durchführung von Audits und ständiger Sicherheitschecks des Produkts und in der automatischen Schliessung der Konten.

1.9.2 Grunddienste

Die Grunddienste bilden die nötigen Grundlagen für die E-Government-Leistungen. Mit diesen Grundbausteinen kann das E-Government gemeinsam entwickelt werden. 2019 konnten Funktionalitäten der folgenden Grunddienste geschaffen oder entwickelt werden:

- > frID: Beim Identifikationsbüro ist es jetzt, falls nötig, möglich, eine Identifizierung über die nicht gespeicherte AHV-Nummer zu machen.
- > ePay: Der Online-Bezahlungsdienst über Twint, Kreditkarten und PostFinance wurde mit einer Funktionalität verbessert (webhook), mit der sichergestellt werden kann, dass die Transaktion trotz Verbindungsproblemen beim Kunden problemlos beendet werden kann, wenn dieser wieder Netz hat. Die Wahl von Twint war ein voller Erfolg, denn derzeit erfolgen 24 % der Zahlungen auf diesem Weg.
- > eAuth: Der Dienst, der zum digitalen Vertrauen beiträgt, indem er die Kontrolle der Authentizität der Dokumente ermöglicht, wurde zu einer mehrsprachigen Version entwickelt. Diese Version ermöglicht mehr Flexibilität bei der Integration von QR-Codes in die Dokumente. Diese Entwicklung war namentlich im Rahmen der Betriebsregistrauszüge nötig, denn alle Dokumente (einschliesslich derjenigen, die am physischen Schalter ausgehändigt werden) tragen nun den QR-Code, um Betrügereien unterbinden zu können.
- > eScan: Dieser Dienst vereinfacht die Überweisung von Belegen, ermöglicht es, mit dem Smartphone ein Foto zu machen, ohne dass eine Anwendung installiert werden muss. Er wurde 2019 entwickelt und wird in einer ersten Version 2020 in Betrieb sein.
- > eSign: Das ist der Dienst, mit dem die elektronische Unterschrift gleich einfach wird wie eine Online-Zahlung. Mit ihm werden Dienstleistungen ohne Medienbruch auch bei Verfahren und Verträgen, für die es eine gesetzlich gültige Unterschrift braucht, möglich. Er war Gegenstand eines PoC (Proof of concept/Beweis, dass das Konzept funktioniert), der erfolgreich durchgeführt wurde, nun bleibt noch die Genehmigung der Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz abzuwarten, damit er in Betrieb genommen werden kann. Seine Entwicklung geht 2020 im Rahmen seiner Integration in die Projekte der Roadmap, wie zum Beispiel das Betriebsbegehren, weiter.

1.9.3 Leistungen

Unter den realisierten Leistungen gab es Entwicklungen in Verbindung mit der neuen Technologie des virtuellen Schalters beim Fischereipatent, den Auszügen des Betriebsamts und des Handelsregisters. Die Entwicklung eines generischen Workflows für die Verwaltung der Angelegenheiten bringt eine einfache und wirksame Arbeitsgrundlage für die Ämter, die noch keine standardisierte Verwaltung der Leistungen haben, für die Dienstleistungen, für die es eine zeitliche Nachverfolgbarkeit braucht. Der grösste Erfolg des Jahres 2019 bei den Leistungen ist die Bereitstellung von 11 Leistungen des Zivilstandsamts. Der Kanton Freiburg war Pionier in der Schweiz, denn er ist

der erste Kanton, der diese Leistungen ohne Medienbruch online realisiert hat. So ist es möglich, Zivilstandsdokumente mit einigen Klicks in elektronischer Form mit gesetzlicher Unterschrift zu bekommen. Von Anfang an stellte sich der Erfolg ein, und die Nachfrage ist seither nicht zurückgegangen. Über 40 % der Zivilstandsdokumente werden über den virtuellen Schalter bezogen (in normalen Zeiten entspricht ein Anteil von 20 % der Norm), was beweist, dass diese Leistung wirklich der Erwartung der Bevölkerung entspricht. Diese Leistung hat auch den Vorteil, dass das Dokument, wenn es einmal herausgegeben wurde und falls der Zivilstand nicht ändert, mehrere Male verwendet werden kann, im Gegensatz zur Papierversion, die im Allgemeinen vom Organ, das es verlangt, aufbewahrt wird.

Im Jahr 2019 konnten auch folgende Projekte für Leistungen ohne Medienbruch gestartet werden:

- > Leistungen des ASS;
- > eUmzug;
- > Betreibungsbegehren;
- > Gesuch um Grundbuchauszüge;
- > Roadmap der Leistungen der Gemeinden im Rahmen des COPIL DIGI-FR.

1.9.4 Innovationen

Mobile Anwendung vs. Progressive Web App: Die wiederkehrenden Kosten für die Schaffung und den Unterhalt von mobilen Anwendungen sind ziemlich hoch. Die verschiedenen mobilen Geräte (Smartphones) und die Versionen ihres Betriebssystems befinden sich in ständiger Entwicklung. Wenn man eine bedeutende Zahl von Online-Diensten, die auf einem solchen erhältlich sind, plant, sehen sich der Staat Freiburg und die Gemeinden schnell hohen Unterhaltsausgaben gegenübergestellt. Im Rahmen seiner Tätigkeit des Technologie-Monitorings führte das E-Government-Sekretariat erfolgreich einen PoC (Proof of Concept) einer Progressive Web App mit Funktionalitäten wie folgt durch: «offline»-Nutzung (ohne Mobiltelefonnetz und Internet) mit biometrischem Login, Integration der GPS-Koordinaten, Bildaufnahmen und Datensynchronisation.

1.9.5 E-Government-Kommission (EGovK)

Die EGovK hielt 2019 zwei Sitzungen ab. Sie hat Pascal Florio als Nachfolger für den zurücktretenden Didier Steiner und Michaël Montavon als Vertreter des Bereichs der Gesetzgebung aufgenommen. Sie bestätigte die gewählten Ausrichtungen bei der Technologie im Rahmen des E-Government-Schalters und das Budget.

Die Kommission begrüßte die Schaffung des technologischen Teils, der Grunddienste und der 13 Leistungen.

Sie nahm zur Kenntnis, dass das Projekt ASS auf Mitte 2020 verschoben werden muss, weil die Webservices des Lieferanten nicht verfügbar sind. Sie hat das Prinzip der Priorisierung für zu digitalisierende Leistungen und die Roadmap für die Leistungen 2020 bestätigt und mit der Prüfung der Leistungen für 2021 begonnen.

Im Rahmen der kantonalen und interkantonalen Zusammenarbeit hat sie Kenntnis von der Schaffung des COPIL DIGI-FR genommen, mit dem die Digitalisierungsschritte mit den Gemeinden koordiniert werden können, und unterstützt diesen Schritt. Sie konnte auch ermutigende Entwicklungen beim Verein iGovPortal.ch feststellen; sie werden im folgenden Kapitel ausgeführt.

1.9.6 Kantonale und interkantonale Zusammenarbeit

Das E-Government-Sekretariat, dessen Verantwortlicher als Vizepräsident des Planungsausschusses (von E-Government Schweiz) amtiert, hat zur Schaffung und Umsetzung der nationalen E-Government-Strategie 2020-2023 beigetragen. Es konnten wichtige Gesichtspunkte wie die Architektur der Grunddienste und die Notwendigkeit, die Organisation auf nationaler Ebene zu vereinfachen, in die Strategie, die Ende 2019 von allen Akteuren gutgeheißen wurde, aufgenommen werden.

Im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit, namentlich beim Verein iGovPortal.ch, konnte das E-Government-Sekretariat in Zusammenarbeit mit den Mitgliedskantonen an verschiedenen Treffen auf nationaler Ebene neue Kantone für unsere Lösung für den virtuellen Schalter und für die Synergien, die der Verein bei der Entwicklung von Dienstleistungen schafft, interessieren. Mit dem Beitritt von Solothurn am 1. Januar 2019 und dem offiziellen Beitritt

von St. Gallen 2020 hat der Verein eine wichtige Etappe zurückgelegt. Die Zukunft ist auch erfreulich, denn die Schritte, die 2019 erfolgten, scheinen ebenfalls vielversprechend zu sein. Konkret wurde die Vorstellung der Lösung in den Kantonen Wallis und Schwyz gut aufgenommen, und die Kantone Graubünden, Genf und Luzern wünschten eine Vorstellung von iGovPortal und der Lösung für den virtuellen Schalter.

1.9.7 Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Bereich der Digitalisierung (Projekt DIGI-FR)

Auf Kantonsebene wurden die Überlegungen zur Zusammenarbeit des Kantons mit den Gemeinden über den COPIL DIGI-FR, der vom Staatsrat und vom FGV gebildet wird, fortgesetzt. Mit verschiedenen Workshops konnten die Ausrichtungen, die 2018 bestimmt wurden, bestätigt und die Herausforderungen für die Gemeinden bei der Digitalisierung hervorgehoben werden. Die folgenden Etappen betreffen die Definition einer Governance und die Entwicklung einer gemeinsamen Roadmap für die prioritären Bereiche.

1.9.8 Award

Dank seines Vorgehens wurde der Verein iGovPortal.ch bei den Digital Economy Awards ausgezeichnet. Die Vertreter des Vereins erhielten tolle Anerkennung für ihre Anstrengungen bei der digitalen Transformation und erreichten den zweiten Platz in der Kategorie Digital Transformation. Dieses Resultat war eine Belohnung für die Anstrengungen des ersten interkantonalen Vereins auf dem Gebiet des E-Government sowie für die Flexibilität der Plattform und der Grunddienste, die leicht in den Kantonen, die schon Leistungen anbieten, aber auch in solchen, die in diesem Bereich erst am Anfang stehen, aufgenommen werden können. Diese Flexibilität stellt einen wichtigen Mehrwert dar.

1.10 Kantonales Bezugssystem

Diese elektronische Infrastruktur für die Bearbeitung von Daten, die mit einer zentralen Governance ausgestattet ist, liefert mit der Zeit die qualifizierten und nachgeführten Daten von Personen und Organisationen, die mit den Organen des Staates in Interaktion oder in direkter Beziehung stehen. Diese Daten können mit den öffentlichen Organen des Kantons Freiburg oder Privatpersonen, die mit der Erfüllung öffentlicher Aufgaben beauftragt sind, geteilt werden.

Im Rahmen der E-Government-Strategie wurde die geplante Umsetzung des Programms im Zusammenhang mit dem kantonalen Bezugssystem im Wesentlichen in drei Perimetern fortgesetzt. Die Konzeptphase wurde im vergangenen März abgeschlossen. Sie war der Verwaltung zentral gelagerter Daten und derjenigen der Architektur, der Informationssicherheit und des Datenschutzes sowie dem Fällen der technologischen Entscheide zur Datenplattform gewidmet.

Auf organisatorischer Ebene sind die Arbeiten zur Umsetzung der organisatorischen, strategischen und operationellen Struktur der Referenzdaten (Qualität, Übereinstimmung) und die Arbeiten an den ergänzenden gesetzlichen Grundlagen ein schönes Stück vorangekommen. Die nötigen Schritte sind kurzfristig ausreichend, damit der Führung ermöglicht werden kann, ihre Pflichten wahrzunehmen. Das Netzwerk der Fachreferenten ist seit Februar 2019 neben dem Projektteam aktiv, und das Netzwerk der Datenqualitätsverantwortlichen hat sich anlässlich der Einstellung der kantonalen Beauftragten für die Datenqualität im Oktober konstituiert. Eine Kommission zur Governance der Referenzdaten wurde institutionalisiert (SRB vom 1.10.2019).

Auf der technischen Ebene wurde die technologische Basis gelegt, und es wurden Basisfunktionalitäten implementiert, einschliesslich der Bereitstellung eines Bezugssystems der Verzeichnisse für die Partner, die in der Organisation vertreten sind. Die ersten Schnittstellen des kantonalen Bezugssystems wurden getestet und stehen zur Nutzung zur Verfügung. Der initiale Teil der Infrastruktur des Perimeters der Einwohnerkontrolle, der die «natürlichen Personen betrifft», ist auf dem Weg der Realisierung. Was den Bereich der «Betriebe und Unternehmen» betrifft, wurde Ende 2019 mit der Aufnahme der Anforderungen begonnen.

1.10.1 Organisationsübergreifende Zusammenarbeit

Als Auftraggeberin des Programms arbeitet die Staatskanzlei organisationsübergreifend, indem sie im Hinblick auf die Harmonisierung der Referenzdaten die Einbindung der erforderlichen Akteure in die Organisation sicherstellt. Sie fand auf allen erforderlichen Behördenebenen Unterstützung (kommunal, kantonal, eidgenössisch), was ermöglichte, mit dem Projekt in die gewünschte Richtung voranzukommen. Auf der folgenden Internet-Seite des Staates finden

Bürgerinnen und Bürger viele weitere Informationen zur Entwicklung der Projekte und zum Fortschritt der Organisation in der Experimentierphase (<https://www.fr.ch/de/sk/alltag/vorgehen-und-dokumente/kantonales-bezugssystem>).

Auf der Ebene der Gesetzgebung war die Staatskanzlei, zusammen mit ihren Partnern, einschliesslich dem Amt für Gesetzgebung, verantwortlich für die Redaktion der Verordnung über das kantonale Bezugssystem von Daten von Personen, von Organisationen und von Verzeichnissen (Pilotprojekt) (SGF 17.45), die am 24. Juni 2019 vom Staatsrat verabschiedet wurde. Sie hat des Weiteren aufgrund der Bedürfnisse, die von den Fachbereichen geäussert wurden, aktiv an der Vervollständigung der Bestimmungen gearbeitet, indem sie ein Gesetz zur Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an gewisse Aspekte der Digitalisierung beantragte, das Ende des Jahres in die Vernehmlassung gegeben wurde. Davon hängt der Zugang zu bestimmten Datenquellen ab, die für die Identifizierung von Personen und die damit verbundene Verarbeitung entscheidend sind.

1.10.2 Spezifische Implikationen

Einige Direktionen des Staates, die von der Datenverwaltungs-Infrastruktur und den damit verbundenen Herausforderungen unmittelbar betroffen waren, präzisieren im Folgenden ihre Beteiligung am Programm und an den verschiedenen Governance-Aktivitäten im Jahr 2019.

Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA):

Das ITA stellt das Management des Programms sicher; es besteht derzeit aus acht Projekten und technischen Entwicklungen, die mit der IT-Sicherheit im Zusammenhang stehen. Es bringt seine Erfahrung und seine Unterstützung ein, um die geeignetsten Massnahmen festzulegen, damit Best Practices eingehalten und an die Kontexte und technischen Entwicklungen angepasst werden können.

Amt für Statistik (StatA):

Das StatA hat sich im Rahmen seiner Sonderprojekte und Veranstaltungen 2019 aktiv an der Entwicklung von fachübergreifenden Referenzdatenprojekten unter der Schirmherrschaft der Staatskanzlei beteiligt. Dazu hat es einen Datenqualitätsverantwortlichen eingestellt, dessen Rolle darin besteht, die Kompatibilität und die Qualität der verschiedenen Referenzdatenquellen sicherzustellen. Das StatA hat eine Person in die Kommission für die Governance der Referenzdaten delegiert und unterstützt diese wesentlich.

Finanzverwaltung (FinV):

Die FinV stellte im Rahmen der Arbeiten am kantonalen Bezugssystem (QUID4), die von der Staatskanzlei geleitet werden, eine aktive Beteiligung sicher. Ihre Präsenz äussert sich konkret in Beiträgen im Rahmen der Sitzungen der beteiligten Partner sowie zu Aspekten der Datenqualität und -pflege.

Amt für Bevölkerung und Migration (BMA):

Als Partner mit eingeschränkten Verpflichtungen hat sich das BMA 2019 im Rahmen des Projekts QUID4 wie folgt eingebracht: Bearbeitung der Anfragen für den Zugang zu FriPers und zu den Daten des ZEMIS. Es trägt zudem zu den regelmässig stattfindenden Austauschen mit Bezug zu den Datenaustauschen zwischen den Einwohnerämtern, der kantonalen Plattform FriPers und dem Zentralen Migrationsinformationssystem (ZEMIS) bei. Zudem leistet es im Rahmen seiner gesetzlichen Verpflichtungen Unterstützung im Bereich Datenqualität und zu Aspekten des Datenschutzes.

Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) - Kompetenzzentrum FriTic:

Das FriTic und die EKSD stellen eine regelmässige Beteiligung im Programm QUID4 sicher, von dessen Projekten eines sie hauptsächlich betrifft. Die EKSD ist stark ins Programm QUID4 involviert. Im Jahr 2019 hat sie einen Datenqualitätsbeauftragten (zu 20 %), der für die operative Datenbereinigung und verschiedene Analysen zuständig ist, und eine fachliche Bezugsperson zur Verfügung gestellt. Diese Teilnehmer sind in mehrere Arbeitsgruppen involviert: Steuerungsausschuss des Programms QUID4, Ausschuss für die Datenqualität der Referenzdaten, Arbeitsgruppe der Fachbereichsverantwortlichen usw.

Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz (ÖDSB)

Die ÖDSB ist direkt in den Ausschuss für die bestimmungsgemässe Verwendung der Referenzdaten, in den Steuerungsausschuss und mit beratender Stimme in die Kommission für die Governance der Referenzdaten involviert. Die Datenschutzbeauftragte nimmt aktiv an den Fragestellungen teil, die sich in Zusammenhang mit den gesetzlichen Bestimmungen im Bereich des Datenschutzes, den Prozessen im Zusammenhang mit dem kantonalen Bezugssystem und den künftigen Datenlieferanten und -konsumenten stellen, d. h. in den Organen, die in der Verordnung SGF 17.45 für die Experimentierphase definiert sind.

Schliesslich leistet die kantonale Datenschutzbeauftragte ihren Beitrag in den Überlegungen der Arbeitsgruppe im Bereich der Weiterentwicklung der gesetzlichen Grundlagen und im Bereich des Datenzugriffs. Die kantonale Öffentlichkeits- und Datenschutzkommission wird im Übrigen regelmässig über das Fortschreiten der Arbeiten informiert.

Kantonale Steuerverwaltung – Steuern (KSTV)

Die KSTV wurde aktiv in das Fortschreiten der Arbeiten im Projekt des kantonalen Bezugssystems involviert, indem sie in verschiedenen Arbeitsgruppen teilnahm. Sie nahm auch an Sitzungen des Steuerungsausschusses sowie an der Redaktion der Verordnung über das kantonale Bezugssystem von Daten von Personen, von Organisationen und von Verzeichnissen teil.

2 Amt für Gesetzgebung (GeGA)

Vorsteher: Luc Vollery

2.1 Tätigkeit

2.1.1 Gesetzgeberische Arbeiten

Im Rahmen seiner Aufgaben zur Unterstützung der Entwicklung der Spezialgesetzgebung, hat das GeGA insbesondere:

- > den Direktionen und ihren Verwaltungseinheiten die neue Anwendung für die Verwaltung von Rechtsakten zur Verfügung gestellt, die nun auch der Abfassung von Texten dient und ihnen ermöglicht, ihre Entwürfe innerhalb eines festen und genau definierten Rahmens einzugeben;
- > die Schulung der Mitarbeitenden im Umgang mit dieser Anwendung organisiert, ein detailliertes Benutzerhandbuch erstellt, in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei die Benutzerinnen und Benutzer in den Direktionen unterstützt und den Direktionen bei zahlreichen Gelegenheiten direkt bei ihren redaktionellen Arbeiten oder bei der Eingabe von Texten geholfen;
- > mehr als 30 Erlassentwürfe geprüft und der betreffenden Direktion ihre Bemerkungen und gegebenenfalls Vorschläge unterbreitet;
- > in verschiedenen Arbeitsgruppen an der Ausarbeitung von Erlassen mitgewirkt, z.B. zur Integration der administrativen Mediation in die Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz oder zur Vorbereitung eines Verordnungsentwurfs über Immobilienvorhaben;
- > den Direktionen und Dienststellen regelmässig Auskünfte zu gesetzestechnischen Aspekten ihrer Entwürfe gegeben.

Das GeGA war auch im Bereich der allgemeinen Gesetzgebung tätig. Insbesondere hat es:

- > in Zusammenarbeit mit dem Staatsarchiv die Arbeiten im Zusammenhang mit dem Reglement über die Archivierung (vom Staatsrat am 4. Juni 2019 verabschiedet) abgeschlossen;

- > als Triebfeder der zu diesem Zweck unter der Schirmherrschaft des Datenschutzbeauftragten eingerichteten Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung des Vorentwurfs des neuen Datenschutzgesetzes (im Dezember 2019 in die Vernehmlassung geschickt) beigetragen;
- > in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei und ihrem Verantwortlichen für die Governance der Referenzdaten die Arbeiten an der Verordnung über das kantonale Bezugssystem (vom Staatsrat am 24. Juni 2019 verabschiedet) geleitet;
- > mit Hilfe einer kleinen Arbeitsgruppe den Vorentwurf eines Gesetzes zur Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an gewisse Aspekte der Digitalisierung vorbereitet (im Dezember 2019 in die Vernehmlassung geschickt);
- > einen Vorentwurf für ein Gesetz zur Änderung des VRG ausgearbeitet, mit dem Ziel, der Motion 2019-GC-74 über die Verpflichtung, bei rechtswidrigen Realakten eine formelle Entscheidung zu treffen, direkt Folge zu leisten.

Schliesslich führt das GeGA ein aktuelles Verzeichnis der Gesetzesentwürfe der Legislaturperiode und erstellt jedes Jahr für den Tätigkeitsbericht des Staatsrats den Stand der Realisierung der im Regierungsprogramm festgelegten Gesetzesvorhaben.

2.1.2 Verbreitung der Gesetzgebung

Im Bereich der Verbreitung der Gesetzgebung hat das GeGA namentlich:

- > das Projekt BDLF_ROF XML, welches die Einführung einer neuen Version der Informatik-Anwendung für die Verwaltung von Rechtsakten zum Ziel hatte, erfolgreich abgeschlossen. Diese neue Version ermöglicht es insbesondere, die Veröffentlichung der ASF und der SGF in derselben Datenbank (BDLF) zusammenzubringen, die ständige Aktualisierung der Rechtsvorschriften in einer überarbeiteten und verbesserten Präsentation der Webseite zu gewährleisten und den Direktionen und ihren Verwaltungseinheiten ein System zur Ausarbeitung und Weiterverfolgung von Rechtstexten zur Verfügung zu stellen;
- > zahlreiche Austausche mit dem Lieferanten der Anwendung ebenso wie mit den anderen Kantonen, die dieselbe Anwendung nutzen, geführt, um so die Aktualisierung und regelmässige Weiterentwicklung der Anwendung sicherstellen zu können.
- > bestimmte Ergänzungen, die für das gute Funktionieren der Anwendung unerlässlich sind, beschafft und gewisse Arbeiten, die darauf abzielten, BDLF zu vervollständigen und zu verbessern, weiterverfolgt oder begonnen;
- > mit der Staatskanzlei zusammengearbeitet, um die elektronische Publikation der ASF zu ermöglichen und die Ära der gedruckten Sammlungen zu beenden (Ende der ASF in Papierform ab 01. Januar 2019, öffentlicher Glaube der elektronischen Publikation);
- > die laufende Aktualisierung der SGF unter Berücksichtigung sowohl der Besonderheiten der neuen Computeranwendung als auch der einzelnen Probleme bestimmter Dossiers (z.B. terminologische Anpassung von ungefähr 70 Erlassen nach der Reorganisation der Verwaltung im Bereich Natur- und Landschaftsschutz) sichergestellt;
- > den Nutzerinnen und Nutzern eine Bedienungsanleitung für die neue BDLF zur Verfügung gestellt;
- > regelmässig über die Freiburger Gesetzgebung, ihre Geschichte und ihre Vorbereitungsarbeiten sowie über die effektive Konsultation der entsprechenden Dokumente im Internet informiert.

2.1.3 Rechtsberatung und wissenschaftliche Aktivitäten

Im Rahmen seiner Beratungs- und Forschungstätigkeiten:

- > hat das GeGA zahlreiche Rechtsgutachten, Berichte und rechtliche Auskünfte zuhanden des Sekretariats des Grossen Rates, des Staatsrates und der kantonalen Verwaltung abgegeben;
- > hat das GeGA in enger Zusammenarbeit mit dem ITA, dem E-Government-Sekretariat und dem Verantwortlichen für Daten-Governance der Staatskanzlei, zahlreiche juristische Fragen der verschiedenen Projekte im Zusammenhang mit der Digitalisierung und dem E-Government (elektronische Signatur, Einwilligung im Rahmen des virtuellen Schalters, Daten- und Informationssicherheit, elektronische Identität, Auslagerung von Daten und von Verarbeitung usw.) behandelt oder diskutiert;

- > ist das GeGA in mehreren Gremien vertreten, die für E-Government-Fragen zuständig sind (E-Government-Kommission, interkantonale Arbeitsgruppe der E-Government-Juristen, Arbeitsgruppe zur Prüfung von Rechtsfragen des kantonalen Bezugssystems);
- > ist das GeGA auch in dem vom Bund errichteten Forum für Rechtsetzung vertreten;
- > hat das GeGA verschiedene Stellungnahmen zu parlamentarischen Instrumenten verfasst oder an ihrer Ausarbeitung mitgewirkt;
- > arbeitet das GeGA mit der Freiburger Zeitschrift für Rechtsprechung (FZR) zusammen, in deren Ausschuss es vertreten ist und in der es die Veröffentlichung der verschiedenen Ausgaben und des Jahresverzeichnisses unterstützt.

Zudem haben zwei GeGA-Mitarbeiter in der FZR Beiträge zum Freiburger Recht veröffentlicht (Michael Montavon/Stéphane Schwab, eGovernment : Quelques comparaisons et réflexions à partir de l'exemple estonien ; Luc Vollery, Accès à des directives et à des informations budgétaires sur les informateurs de la police).

2.2 Besondere Ereignisse

André Schoenenweid, der während 20 Jahren stellvertretender Amtsleiter des GeGA und während sechs Jahren Amtschef war, ging am 30. April 2019 in Pension. Weiter haben sehr erfahrene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Laufe des abgelaufenen Jahres das Amt verlassen. So, dass das Amt mitten in einer Reorganisation, mit weitgehend erneuertem Personal und Direktion, eine besonders hohe Anzahl von Dossiers zu bewältigen hatte.

3 Amt für Drucksachen und Material (DMA)

Vorsteher: Gilbert Fasel

3.1 Tätigkeit

Das DMA ist verantwortlich für die Versorgung aller Dienststellen des Staates mit Verbrauchsmaterial, administrativem und technischem Büromaterial, Büroapparaten und Drucksachen. Es ist beauftragt, mit den eigenen Infrastrukturen Druckvorbereitungs-, Druck-, Binde- und Digitalisierungsarbeiten auszuführen. Das Amt bietet seine Beschaffungs-, Logistik- und Verwaltungsdienstleistungen für Drucksachen auch den Einrichtungen, die vom Staat subventioniert werden, an.

3.2 Sektor Einkauf

Der Globalumsatz des Amtes hat 4 823 327 Franken erreicht, was einer Schrumpfung um 8,36 % im Vergleich zum Jahr 2018 entspricht. Die Anzahl Bestellungen schwankte im selben Verhältnis (1537 Einheiten im Vergleich zu 1687 im Jahr 2018). Die Menge der verbuchten Rechnungen betrug 2347 Stück. Diese Werte betreffen die Gesamtheit der Büroausstattungen (ohne Mobiliar), die Druckaufträge, das Stimmmaterial und die Beträge für den Unterhalt von Einrichtung und Geräten. Der Umsatzrückgang ist hauptsächlich durch Preisschwankungen und die sich ändernden Bedürfnisse der Benutzerinnen und Benutzer zu erklären. Unter anderem betrifft dies die mit der Miete der Multifunktionsdrucker verbundenen Kosten (-30 % auf einer Position von mehr als 1 Mio. Franken aufgrund des Projekts ODP, Optimierung des Druckerparks) sowie die Senkung der Kosten für Druckausrüstung oder die Senkung der Preise für Verbrauchsmaterial.

Die Palette der eingekauften Produkte wurde aufgrund der Kundennachfrage erweitert, namentlich im Bereich des IKT-Materials (Informations- und Kommunikationstechnologie) und der audiovisuellen Geräte, wo Bildschirme das Angebot an Beamern ergänzen. Das Informatikzubehör, z. B. Adapter und Barco-Systeme, wurde stark nachgefragt. Der Bereich, der dem Stimmmaterial gewidmet ist (Stimmzettel, Wahllisten, Informationsbroschüren, Briefumschläge), generierte über das ganze Jahr hinweg wesentliche Volumen. Die Beschaffung von Papier und Briefumschlägen wird im Jahr 2020 neu ausgeschrieben.

Mit Ausnahme der Beschaffungen, die über SIMAP ausgeschrieben werden, erfolgten die Ausschreibungen hauptsächlich im Einladungsverfahren. Natürlich werden die Wirtschaftspartner aus dem Kanton Freiburg dazu eingeladen, Offerten abzugeben. Das Amt wurde von zahlreichen Unternehmen besucht, die ihre Neuheiten und Leistungen zu präsentieren wünschten. Auch für diese Zusatzaufgabe ist das Amt zuständig. Allgemein ist ein jährlicher Besuch ausreichend, um die Geschäftsbeziehung unterhalten zu können.

Die Einkaufsabteilung hat 447 Paletten Papier für die ganze Verwaltung, die Sekundarstufe 2 und die Freiburger Einrichtungen der Fachhochschule bestellt. Trotz den Anreizen, den Papierverbrauch zu senken, nahm die Nachfrage leicht zu. Das Amt erklärt sich dies aufgrund der Zunahme der Schülerzahl auf der Sekundarstufe und durch die Tatsache, dass elektronische Mittel für den Unterricht noch nicht überall eingesetzt werden. Das verbrauchte Papier ist zu 100 % recycelt und trägt das Label «Blauer Engel». Dieses Label garantiert unter anderem, dass die Papierfasern nur von Altpapier stammen und gewisse Chemikalien, wie Chlor, optische Aufheller und krebserzeugende Produkte, beim Herstellungsverfahren nicht verwendet werden.

Das Projekt ODP, Optimierung des Druckerparks, das in enger Zusammenarbeit mit dem ITA durchgeführt wurde, wurde zur Zufriedenheit des Auftraggebers durchgeführt. Da die Ämter der Verwaltung über viele Orte verteilt sind, waren für die Einführung des dritten Loses von Druckern (130 Apparate) zahlreiche Lieferungen nötig. Das Projekt wird wie geplant Ende des ersten Quartals 2020 abgeschlossen sein. Es erlaubt über eine Verringerung des Druckvolumens hinaus eine Reduktion der Kosten, mehr Privatsphäre für die Nutzer und einen verbesserten CO₂-Fussabdruck.

Ein ähnliches Druckerprojekt begann im Herbst in den Schulen der Sekundarstufe 2 zu laufen. Der Steuerungsausschuss, dem Vertreter des ITA, des DMA und des S2 angehören, traf sich in der Berichtsperiode zwei Mal. Eine öffentliche Ausschreibung wird derzeit ausgearbeitet. Die Publikation ist für das erste Quartal 2020 vorgesehen.

Das Amt hat unter anderem an Sitzungen des Steuerungsausschusses Nachhaltige Entwicklung teilgenommen. Die Zusammenkünfte und Workshops waren vor allem der Entwicklung der neuen kantonalen Strategie gewidmet. Diese basiert auf den drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung (sozialverträglich, umweltfreundlich, wirtschaftlich), die in der Agenda 2030 enthalten sind.

Das DMA hat an verschiedenen Treffen zur Standardisierung der ICT-Ausrüstung innerhalb des Staates mitgewirkt. Die Teilnehmer (Fritic Competence Center, KLV, ITA, HBA) definierten die Prioritäten und planten die nächsten Schritte. Das erste Projekt betrifft die Optimierung der Projektionsmittel in den Schulen der allgemeinbildenden und der berufsbildenden Sekundarstufe 2 und innerhalb der Verwaltung. Ende November wurde eine öffentliche Ausschreibung veröffentlicht. Die Ergebnisse sollten es ermöglichen, die neuen Produkte in das Voranschlagsverfahren 2021 zu integrieren.

Das Amt übernimmt die Verantwortung für einen deutschsprachigen Drucktechnologienlehrling. In der ersten Jahreshälfte nahm es den kaufmännischen Lehrling der Staatskanzlei für eine Dauer von sechs Monaten auf.

3.3 Intern ausgeführte Druckarbeiten

Als Druckspezialistin hat die Druckerei die wichtigsten Dokumente für alle Direktionen, den Grossen Rat und die Berufsfach- und anderen Schulen (mit Ausnahme der Primarschulen) hergestellt. Auch Spitäler, einige kantonale Einrichtungen (KGV, TPF, KLV) sowie mehrere Gemeinden nahmen die Dienste der internen Druckerei in Anspruch. Das Druckvolumen ging um etwa 17 % auf 5,5 Millionen Kopien zurück. Der Anteil der Farbkopien konnte beibehalten oder sogar erhöht werden, während der Anteil der einfarbigen Drucke zurückgegangen ist. Nach einem besonders arbeitsreichen Jahr 2018 sind wir wieder bei einer normalen Arbeitsintensität angelangt. Die Anzahl der intern bearbeiteten Aufträge hat sich leicht erhöht. Diese entsprechen einem Rechnungsbetrag von 562 000 Franken.

Zu Beginn des Jahres wurde der Leistungskatalog «Blitzableiter» für die KGV nachgeführt. Das LIG hat uns gebeten, mehrere Serien von Postern und Roll-up-Panels für ihre öffentlichen Veranstaltungen zu produzieren oder produzieren zu lassen. Im Juli und August arbeitete unser Betrieb hauptsächlich an der Realisierung von Schulunterlagen für die Orientierungsschule, die technischen und kaufmännischen Berufsfachschulen und die Schulen der Sekundarstufe 2. Standardwerke: Der Voranschlagsentwurf, der Voranschlag, die Rechnung, das statistisches Jahrbuch, sie alle wurden intern gedruckt. Das Jahr war auch von zahlreichen Ergänzungswahlen

(Gemeinde- oder Generalräte) geprägt, das Amt ist für die Zusammenstellung und Lieferung des Wahlmaterials für diese Urnengänge zuständig.

Die Spitäler, das Konservatorium Freiburg und verschiedene Einrichtungen (IWZ, BBA, PKSPF) haben das ganze Jahr über von den Leistungen des Amtes profitiert. In der Zeit des Schuljahresbeginns sind es die traditionellen Medienmitteilungen, die ausgeführt wurden. Darüber hinaus wurde auch die Informationsbroschüre «Energieholz», die vom Amt für Wald und Natur herausgegeben wurde, mit internen Ressourcen realisiert. Davon gibt es keine gedruckte Auflage. Auch die Produktion von grossformatigen Plakaten und Displays war sehr beliebt. Gegenüber dem Vorjahr blieb das Arbeitsvolumen im Bereich Gestaltung stabil.

Das Schwarz-Weiss-Drucksystem wurde im August ersetzt. Die neue Konfiguration besteht aus zwei unabhängigen Elementen: einem High-Tech-Drucker und einem Hefter-Modul (Watkiss). Der Hauptvorteil der neuen Struktur ist die Optimierung der Leistung jeder einzelnen Maschine. Zuvor waren diese in einer Linie angeordnet, und die Nachbearbeitungseinheit verlangsamte den Drucker merklich. Gegenwärtig bleibt das zweite Modul im Falle einer Wartung oder eines Ausfalls eines der Geräte in Betrieb. Was die Kosten betrifft, so konnte die monatliche finanzielle Belastung um 1400 Franken reduziert werden.

3.4 Binde- und Digitalisierungsarbeiten

Ein grosser Teil der Ressourcen unseres Betriebs wurde für die Restauration alter Register der Zivilstandsämter, die uns übergeben wurden, verwendet. Dieser Auftrag, der 2018 begann, umfasst die Sanierung von mehreren hundert Bänden. Etwa vierzig Bände der Ämter des Saane-, des Broye-, des See- und des Vivisbachbezirks wurden restauriert. Da die Kapazität des Sektors eher begrenzt ist (1,8 VZÄ), wurde ein Teil dieser Arbeit an externe Buchbindereien ausgelagert. Um über zusätzliche Hilfe zu verfügen, hat das Amt den Arbeitsvertrag mit dem Lehrling um drei Monate (zu 40 %) verlängert. Die Einheiten der Justiz, der Notariate und der Bibliotheken sind die Hauptkunden der Buchbinderei. Die Notariate haben uns mit der Bindung von 178 Minutenbänden beauftragt. Im Herbst stellten die Buchbinderinnen und -binder sechs Bände der wichtigsten Protokolle des Staatsrats zusammen und banden sie. Gleichzeitig wurde eine Reihe von Bänden aus den Grundbuchämtern des Saane- und des Greyerzbezirks restauriert. Eine Serie von 95 kartengehefteten Bänden von Lokalzeitungen (La Liberté, Freiburger Nachrichten, La Gruyère und Feuille fribourgeoise) wurde zusammengestellt und für das Staatsarchiv gebunden. Für die Stadt Freiburg hat das Amt rund 20 Boxen zum Schutz der Protokolle des Gemeinderats angefertigt.

Die Auszubildende im Bereich Buchbinderei hat ihr eidgenössisches Fähigkeitszeugnis erworben und sich eine Anstellung bei der KUB gesichert.

Die Digitalisierung für verschiedene Grundbuchämter wurde fortgesetzt. Der Sektor hat hauptsächlich für den Broye- und den Greyerzbezirk gearbeitet. Die 28 000 durchgeführten Scans entsprechen dem Volumen des Jahres 2018. Die Ressourcen, die für diese Aufgabe eingesetzt wurden, sind die gleichen geblieben. Darüber hinaus haben die Bezirke die Digitalisierung verschiedener Bebauungspläne in Auftrag gegeben. Der zweite Scanner ist im Staatsarchiv installiert. Er wird zu 50 % von einer Mitarbeiterin des Amtes für Drucksachen und Material genutzt. Im Übrigen sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Archivs für dessen Betrieb verantwortlich. Diese Ausrüstung ermöglicht unter anderem die Digitalisierung die Sammlung der Register der Feuerversicherung. Sie umfasst mehr als 1400 Bände und listet die freiburgischen Gebäude in der Zeit von 1812 bis 1970 auf. 32 481 Scans, das entspricht 516 Registern, wurden während des Zeitraums bearbeitet.

Was die Mikrofilme betrifft, entspricht diese Technologie nicht mehr dem aktuellen Standard. Die entsprechende Ausrüstung wird im Laufe des Jahres 2020 abgebaut. Inzwischen wurde die Anlage dem Archiv der Stadt Freiburg zur Verfügung gestellt, um die Protokolle des Gemeinderates auf Mikrofilm aufzunehmen.

3.5 Beschaffung von Büromaterial und Logistik

Der Sektor ist für die Anschaffungen, das Lagern und die Verteilung des Büromaterials für alle Ämter des Kantons verantwortlich. Der Hauptteil der Beschaffungen wird im Wesentlichen bei ortsansässigen Unternehmen getätigt. Das Jahr 2019 stand insbesondere im Zeichen der Modernisierung des Angebots an Verbrauchsmaterial. Etwa 40 veraltete Artikel wurden durch Produkte ersetzt, die den Bedürfnissen der Benutzerinnen und Benutzer besser entsprechen. Die Versorgung mit Produkten, die hohe Nachhaltigkeitskriterien erfüllen (100 % rezyklierbare Materialien, die mit den

Labeln Blauer Engel oder Energy Star ausgezeichnet sind), wurde fortgesetzt. Das aktuelle Sortiment umfasst etwa 600 Lagerartikel. Der Rahmenvertrag im Bereich Aktenordner wurde in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Amt für Schulmaterial mit Sitz an derselben Adresse neu ausgehandelt. Die neue Vereinbarung hat einen Umfang von 100 000 Stück und eine Laufzeit von achtzehn Monaten. Während des Berichtszeitraums wurden von unseren Logistikern über den Shop DMA-Intranet 2353 Bestellungen bearbeitet. Das entspricht einem Betrag von 953 086 Franken. Im Vergleich zum Vorjahr beträgt der Anstieg 18,6 %. Das jährliche Inventar der Produkte fand Ende November statt. Der Inhalt des Büromateriallagers hat einen Wert von rund 219 500 Franken. Der für die Standardbeschaffungen verantwortliche Mitarbeiter hat sein Wissen mit einer Weiterbildung im Bereich «Spezialist/in Öffentliche Beschaffung», die vom Fachverein «Procure.ch» angeboten wird, erweitert. Er erhielt sein Zertifikat im Frühjahr 2019. Die angehende Logistikerin schloss ihre Ausbildung im August nach bestandener Prüfung ab. Sie bekam einen Job bei einem grossen lokalen Unternehmen. Der Sektor bietet auch die Möglichkeit von Einführungspraktika, und mehrere junge Leute haben diese Gelegenheit genutzt, um sich mit diesem Bereich vertraut zu machen.

3.6 Schlüsselzahlen 2019

	2019	2018	Unterschied
Zahl der Bestellungen SAP-MM	1537	1687	- 150
Zahl der Rechnungen von Lieferanten	2414	2347	+ 67
Umsatz der Aufträge, die an Unternehmen vergeben wurden (Druck, Beschaffungen, Ausrüstungen)	4 823 327 Franken	5 263 329	- 440 002
Gelagerte, beschaffte und verteilte Produkte	627 Artikel	622	+ 5

Interne Produktion

	2019	2018	Unterschied
Digitaldruck (Format A4 und A3)	5 466 451 Seiten	6 605 090	- 1 138 639
Bindearbeiten	446 Exemplare:	404	+ 42
Auf Mikrofilm aufgenommene und digitalisierte Dokumente	27 650 Stück	28 000	- 350

4 Staatsarchiv Freiburg (StAF)

Staatsarchivar: Alexandre Dafflon

4.1 Gesetzliche Grundlagen und Organisation

Der Staatsrat hat, in seiner Sitzung vom 4. Juni 2019, den Entwurf für das Reglement über die Archivierung (SGF 17.61) angenommen. Dieses trat am 1. Juli 2019 in Kraft. Dies ist der Abschluss eines lange währenden Prozesses, der 2011 mit dem Erstellen eines Entwurfs für ein Gesetz über die Archivierung begann, das am 10. September 2015 vom Staatsrat angenommen wurde und am 1. Januar 2016 in Kraft trat. Ab 2019 verfügen der Staat Freiburg und die freiburgischen Gemeinden über vollständige, gesetzliche Grundlagen zur Archivierung, die mit denjenigen zum Datenschutz und zum Zugang zu den Dokumenten vereinbar sind. Die nächste Etappe, die der Umsetzung von Gesetz und Reglement gewidmet sein wird, setzt das Erstellen von Weisungen und Anleitungen für die Verwaltungseinheiten sowie das Einrichten von Schulungsangeboten über die Archivierung von administrativen Dossiers voraus. Im gleichen Sinne sollte das StAF seine Unterstützung für die Gemeinden und Gemeindeverbände intensivieren.

Ende 2019 verfügte das StAF über einen Personalbestand von 6,9 VZÄ, dank eines Transfers von 0,3 VZÄ der Staatskanzlei. Im Verlauf des Jahres kam es zu einer Neuorganisation des Teams, mit der Anstellung einer Wirtschaftsinformatikerin und Projektleiterin (0,8 VZÄ) für die elektronische Archivierung und einer universitären wissenschaftlichen Mitarbeiterin, die auf historische Archive (0,25 VZÄ) spezialisiert ist. Das StAF konnte ebenfalls auf die Unterstützung durch zahlreiche Hilfskräfte (Praktikantinnen und Praktikanten, Auszubildende, Zivildienstleistende, Arbeitssuchende) zählen. Ausserdem arbeitet seit September 2017 auch eine Mitarbeiterin des Amts für Drucksachen und Material (DMA) zu 50 % im StAF und übernimmt Digitalisierungsarbeiten. Im Übrigen profitiert das StAF von der Arbeitskraft eines Mitarbeiters (100 %), der vom Amt für Justiz (AJ) angestellt wurde und die Archivierung des Justizwesens sicherstellt, und von einer Mitarbeiterin (90 %), die von der Kantonspolizei (POL) angestellt wurde.

4.2 Gebäude

2019 kam es zu mehreren Zwischenfällen im Depot des Dachgeschosses an der Zeughausstrasse 17. Das Dach des Gebäudes zeigt strukturelle Mängel, was das Eindringen von Wasser zur Folge hat. 2020 sind Bauarbeiten am Dach in noch unbekanntem Umfang geplant. Für diese Arbeiten werden mindestens die Räumung des Archivdepots unter dem Dach und umfangreiche Verschiebungen von Archivgut nötig sein. Da sämtliche Depots des StAF nun voll belegt sind, wurde als Lösung in der Nähe des Hauptsitzes ein 6. Nebendepot gefunden, das Ende Januar 2020 bezogen werden kann. Dieses neue Depot ermöglicht die Wiederaufnahme der Ablieferungsarbeiten, die aufgrund der fehlenden Lagerkapazitäten gestoppt werden mussten, und erlaubt auch mehr Gelassenheit im Hinblick auf die Übergangsphase bis zur Verfügbarkeit des «interinstitutionellen kantonalen Lagers für Kulturgüter» (SIC).

Letzteres hat eine neue Phase erreicht. Nach der Aufgabe des Standorts in Domdidier wählte der Staatsrat einen neuen Standort auf einer Parzelle in Staatsbesitz in Givisiez. Das SIC sollte Ende 2023 verfügbar sein. Es wird dem StAF die Möglichkeit geben, seine vielen Nebendepots aufzulösen, die Sicherheit der Archivbestände zu verbessern und die Vielzahl an Ablieferungen von Archivgut, die derzeit auf der Warteliste stehen, entgegenzunehmen.

4.3 Tätigkeit und Dienstleistungen

4.3.1 Informatik und neue Technologien

Das StAF setzte wichtige Digitalisierungsarbeiten, unter anderem dank der Hilfe des DMA, fort. Die Digitalisierung der Bände des Brandkatasters der kantonalen Gebäudeversicherung (1812-1971) und der Katasterpläne der Gemeinden (1840-1870 und 1890-1910) gingen in unvermindertem Tempo weiter. Ein neues Digitalisierungsprojekt kam 2019 hinzu, die digitale Erfassung der kompletten Reihe der *Amtlichen Gesetzessammlung des Kantons Freiburg* (1803-2001) auf Deutsch und Französisch mit dem Ziel, diese online zugänglich zu machen. Die Digitalisierungsarbeiten für 2019 umfassen gegen 75 000 Bilder. Der Arbeitsplatz im Lesesaal für die Konsultation umfasst Ende 2019 227 500 digital abrufbare Dokumente.

Auf dem Gebiet der digitalen Langzeitarchivierung in Zusammenarbeit mit dem Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA) führten die Arbeiten rund um das Projekt Novarc zur Auswahl einer Lösung, die vom Bundesarchiv angeboten wird. Am 16. Dezember 2019 bestätigte der Staatsrat die Wahl des Pilotausschusses, am 17 und 19. Dezember 2019 wurden von beiden Partnern eine Vereinbarung und ein *Standard-Service-Level-Agreement* unterzeichnet. Die Umsetzung der Lösung für die digitale Archivierung wird 2020 erfolgen.

4.3.2 Beziehungen zu archivbildenden Stellen

44 (39 im Jahr 2018) Dienststellen der Verwaltung wurden besucht mit 104 (85 im Jahr 2018) Besuchen und Sitzungen. Auch 39 (31 im Jahr 2018) andere Institutionen liessen sich durch das StAF beraten (47 Sitzungen oder Besuche). Bei der Staatsverwaltung wurde im Herbst 2019 infolge des Inkrafttretens des Reglements über die Archivierung eine Umfrage gestartet, mit dem Ziel eine Bestandesübersicht über das Archivgut in den Verwaltungseinheiten zu erhalten und auch um die diesbezüglichen Bedürfnisse der Dienststellen abzuklären. Was die Gemeinden angeht, so erinnerte ein Rundschreiben vom 14. Oktober 2019 an die beratende Rolle des StAF gegenüber den Gemeindebehörden. Das StAF übermittelte 391 Dossiers (612 im Jahr 2018), in erster Linie an die Instanzen des Justizwesens (94), an das Bau- und Raumplanungsamt (BRPA) (108) und an das Amt für Bevölkerung und Migration (BMA) (189).

4.3.3 Zunahme der Archivbestände und bei der Bibliothek

Die Bestände des StAF wuchsen um 170 Laufmeter (Lm), davon stammten 137,1 von Dienststellen des Staates und 33,9 von andern Körperschaften oder Privaten. Eine grosse Zahl von Ablieferungen aus dem Bereich des Staates musste wegen des fehlenden Lagerplatzes auf später verschoben werden. Eine neue Erhebung aller aufbewahrter Bestände erlaubte es, das Gesamtvolumen dieser Bestände zu bestimmen, diese umfassen Ende 2019 16 572 Lm. Die Bibliothek des StAF wurde um 332 neue Titel erweitert (322 im Jahr 2018).

Zuwachs der Bestände, die im StAF aufbewahrt werden, in Laufmetern:

Herkunft	2019	2018	2017
Staat Freiburg	137,1	63	361,20
Andere Körperschaften und Privatpersonen	33,9	91	120,68
Total	170	154	481,82

4.3.4 Klassierungs- und Inventarisierungsarbeiten

19 Bestände und Ablieferungen (23 im Jahr 2018) wurden vollständig verzeichnet und in die Informatikdatenbank aufgenommen. Zu den wichtigen laufenden Arbeiten zählen die Klassierung der Bestände des Departements des Innern, der Direktion der öffentlichen Arbeiten, des Hochbauamtes, der Kantonspolizei, der Instanzen des Justizwesens sowie von historischen Beständen wie denjenigen des Augustinerklosters von Freiburg, der Abtei Hauterive, der Landvogtei Greyerz, des Familienarchivs Praroman und des Archivs des Historikers Pierre de Zurich.

4.3.5 Konservierungsmassnahmen und Restaurierung

Professionellen Restauratoren wurden folgende Dokumente anvertraut: der Schwabenspiegel von 1410 (mit Herstellung einer speziellen Box), 15 Dokumente des Bestands Pierre de Zurich (1394-1947), 5 Pläne aus dem Tiefbauamt (1856-1880) und 3 Ansichten des Freiburger Rathauses vom Architekten Augustin Genoud (1917). Eine spezielle Schachtel wurde für einen Stammbaum der Zähringer und verwandter Familien aus dem 17. Jh. bestellt.

4.3.6 Dienstleistungen

7216 (9555 im Jahr 2018) Dokumente und Dossiers wurden von 396 (616 im Jahr 2018) Benutzerinnen und Benutzern konsultiert, was 1778 (2107 im Jahr 2018) Tagessätzen entspricht. Das StAF übermittelte 119 (63 im Jahr 2018) Zeichnungen von Familienwappen an Private.

Das StAF hat 25 Gruppen (17 im Jahr 2018) für Führungen empfangen, dies entspricht 575 Personen (215 im Jahr 2018). Die Zunahme lässt sich auf die zahlreichen Führungen für Mittel- und Sekundarschulen zurückführen.

4.3.7 Wissenschaftliche Arbeiten und kulturelle Aktivitäten

Das StAF hat dem Museum für Kunst und Geschichte von Freiburg Dokumente geliehen für die Ausstellung «Freiburg im 14. Jahrhundert» (8. November 2019 – 23. Februar 2020), darunter den Schwabenspiegel von 1410, und der Fondation Bodmer in Cologny (GE) den Vertrag des ewigen Friedens zwischen dem König von Frankreich und der Eidgenossenschaft von 1516 für die Ausstellung «Guerre et paix» (5. Oktober 2019 – 1. März 2020). Am 15. September 2019 hat das StAF, in Zusammenarbeit mit dem Amt für Kulturgüter (KGA), im Rahmen der Europäischen Tage des Denkmals eine Konferenz des Farbhistorikers, Michel Pastoureau, mit dem Titel «Histoire des couleurs: la naissance du noir et blanc» organisiert. Das Publikum erschien zahlreich (350 Personen).

Das Editionsprojekt der Freiburger Hexenprozesse (15. – 18. Jh.) in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Rechtsquellenstiftung (SSRQ) wird fortgeführt. Die Transkriptionen der Prozessakten aus den Thurnrodeln 1 bis 6 und 9 bis 13 sowie die entsprechenden Auszüge aus den Ratsmanualen wurden auf dem Internetportal der SSRQ online publiziert. 107 Dossiers sind zurzeit zugänglich. Die Transkription der Thurnrodel 14 und 16 bis 21 ist abgeschlossen.

Drei Mitarbeiter des StAF haben Kurse an den Universitäten von Freiburg, Bern und Lausanne gegeben. Das StAF arbeitet eng mit den anderen Kulturinstitutionen des Staates zusammen, namentlich im Rahmen der «Groupe patrimoine», die sich 2019 viermal getroffen hat. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des StAF arbeiten ebenfalls Hand in Hand mit den Museen und Bibliotheken des Kantons sowie den Geschichts- und Kulturvereinen, mit denen es häufig zur Zusammenarbeit kommt.

5 Kantonale Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz

Präsident der Kommission: Laurent Schneuwly

Beauftragte für Öffentlichkeit und Transparenz: Martine Stoffel

Kantonale Datenschutzbeauftragte: Alice Reichmuth Pfammatter (bis 31.07.2019), dann Florence Henguely a.i. (vom 01.08.2019 bis 31.12.2019)

5.1 Tätigkeit

Die Tätigkeit der Behörde umfasst die für die Transparenz und den Datenschutz typischen Aufgaben. Diese werden im Gesetz vom 9. September 2009 über die Information und den Zugang zu den Dokumenten (InfoG) und im Gesetz vom 25. November 1994 über den Datenschutz (DSchG) geregelt.

Der Tätigkeitsbericht der Behörde wird im Juni herausgegeben. Er kann bei der Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz, Chorherrengasse 2, 1700 Freiburg, bestellt werden. Ab dem selben Datum kann er ausserdem auf der Website <https://www.fr.ch/de/oedsb/institutionen-und-politische-rechte/transparenz-und-datenschutz/taetigkeitsberichte> abgerufen werden.

6 Kantonale Ombudsstelle (Omb)

Kantonaler Mediator: Philippe Vallat

Stellvertreterin: Beauftragte für Öffentlichkeit und Transparenz: Martine Stoffel

6.1 Tätigkeit

Mit seiner Tätigkeit soll der kantonale Mediator den Bürgerinnen und Bürgern bei ihren Beziehungen zu den Behörden helfen und bei Streitfällen als Vermittler dienen, die Prävention und die einvernehmliche Lösung der Konflikte zwischen Behörden und Bürgerinnen und Bürgern fördern, die Behörden ermutigen, ein gutes Verhältnis zu den Bürgerinnen und Bürgern zu fördern, zu einem besseren Funktionieren der Behörden beitragen und den Behörden unbegründete Vorwürfe ersparen. Die Tätigkeit wird im Ombudsgesetz vom 25. Juni 2015 (OmbG) geregelt.

Der kantonale Ombudsmann trat zurück und schied Ende 2019 aus dem Amt aus. Der Staatsrat hat in der Person von Frau Annette Zunzer Raemy seine Nachfolgerin bezeichnet. Sie wird ihr Amt am 1. Januar 2020 antreten. Zurzeit wird diskutiert, ob die kantonale Mediatorin administrativ der ÖDSB zugewiesen werden soll. Dies sollte sich im Laufe des Jahres 2020 konkretisieren.

Nach dem Weggang des kantonalen Mediators wurde der Tätigkeitsbericht bereits Ende 2019 veröffentlicht. Er kann auf der Website <https://www.fr.ch/de/omb> eingesehen werden.

7 Personalbestand

Gewalten - Direktionen Kostenstellen	Rechnung 2019 VZÄ	Rechnung 2018 VZÄ	Unterschiede VZÄ
Ausführende Gewalt – Staatskanzlei	53,58	53,46	0,12
Zentrale Verwaltung	53,58	53,46	0,12
3100 / CETA Staatsrat	7,00	6,91	0,09
3105 / CHAN Staatskanzlei	21,52	21,20	0,32
3110 / ECON Amt für Drucksachen und Material	11,02	11,07	-0,05
3115 / OLEG Amt für Gesetzgebung	5,08	5,37	-0,29
3118/AREF Staatsarchiv	6,54	6,67	-0,13
3120 / ATPD Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz	2,42	2,24	0,18